

# Was geht uns der Fall Olah an?

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **45 (1966)**

Heft 4

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337801>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DR. RICHARD LIENHARD

## Was geht uns der Fall Olah an ?

Für den Sozialismus müßte gelten, was Robert *Havemann* so treffend gemünzt auf Ostdeutschland formuliert: «Den Menschen kann man viel befehlen und vorschreiben, aber man kann ihnen nicht vorschreiben, was sie denken sollen. Das Denken des Menschen ist das einzige, das sich wirklich und vollständig jeder Art von Befehlen entzieht. Auf das Denken kann man nur einwirken, wenn man stets bereit ist, seinen Standpunkt der Kritik auszusetzen, wenn man jederzeit bereit ist, sachlich zu argumentieren und auch jedes sachliche Argument anerkennt. Große Geduld gegenüber Andersdenkenden, Sachlichkeit in der politischen Argumentation aus der Bereitschaft, auch eigene Fehler zu erkennen und einzugestehen, sind Grundvoraussetzungen aller politischen Arbeit im Sozialismus.»

Was noch kein Gesellschaftssystem zustande brachte, müßte dem Sozialismus gelingen: der Idee seines Ursprungs treu zu bleiben.

(Professor F. *Klenner* in «Neues Forum», März 1966)

Gewiß: auf den ersten Blick erscheint der Fall Olah nicht mehr als aktuell. Es darf sogar angenommen werden, daß nach den letzten Wahlen in Österreich tatsächlich ein Schlußstrich unter diesen Fall gezogen werden kann, nachdem der umstrittene ehemalige Innenminister durch eine höchst ungeschickte Wahlkampagne jeden politischen Kredit verloren hat. Es lohnt sich indessen, dem «Fall Olah als Symptom» näher auf den Grund zu gehen. Die Voraussetzungen für ein solches Unternehmen sind heute günstiger, können die Dinge doch nun aus wohlthuender Distanz überblickt werden. In einem früheren Zeitpunkt hätten österreichische Parteifreunde unsere Stellungnahme gar leicht als unerwünschte Einmischung auslegen können.

Der Fall des gestürzten Innenministers hat die starke SPÖ in ihren Grundfesten erschüttert und an den Rand einer heillosen Krise gebracht. Wenn diese Krise weitgehend behoben werden konnte, so ist dies das Verdienst von Män-

nern, die im vordersten Schützengraben der österreichischen Demokratie wirken. Wir denken etwa an Karl Czernetz, Chefredaktor der bekannten sozialistischen Zeitschrift «Die Zukunft». Dankbare Anerkennung verdient aber auch Justizminister Christian Broda. Nicht vergessen sei in diesem Zusammenhang Günther Nennung, der Herausgeber der hervorragenden Monatsschrift «Neues Forum». Schließlich wären erste Mitarbeiter der genannten Zeitschrift, wie zum Beispiel Norbert Leser, zu nennen. Sie alle haben mitgeholfen, daß die Parteiöffentlichkeit umfassend über den Konflikt orientiert wurde, womit die Möglichkeit einer breiten und freien Diskussion gegeben war. Es zeigte sich bei dieser Gelegenheit offensichtlich, welche Bedeutung einer uneingeschränkten Diskussionsfreiheit in der Sozialdemokratischen Partei zukommt. Unsere österreichischen Parteifreunde waren gut beraten, daß sie dabei auf den politischen Gegner keine Rücksicht nahmen. Bekannt ist der Einwand, wie er etwa auch auf dem Boden der SPS seitens der Parteileitung zu hören ist: diese oder jene parteiöffentliche Diskussion sei unerwünscht, weil sie dem politischen Gegner Munition liefere. Dieser Einwand ist schon deushalb verfehlt, weil die Einstellung des politischen Gegners auch hierzulande durchweg ambivalent ist: Wird nämlich keine öffentliche Diskussion durchgeführt, so heißt's, der Partei fehle die nötige Kraft zur Selbstbesinnung und Erneuerung. Findet die Auseinandersetzung statt, so heißt's, es sei dies das sicherste Indiz für Spaltung und Niedergang.

Das also war die positive Seite des Falles Olah: er gab Anlaß zu einer kritischen Selbstbesinnung. Konflikte des Parteilebens wurden bewußt gemacht. Dadurch wurde entscheidend dazu beigetragen, daß sie nicht weiter schwelen. Die offene Aussprache mußte auch auf die oppositionellen Kräfte innerhalb der Partei versöhnend wirken. Es lohnt sich, das Ergebnis der Diskussion zusammenzufassen, dürfte es doch auch auf dem Boden der Schweizerischen Sozialdemokratie zur Selbstbesinnung anregen.

### *Entfremdung zwischen Parteimitgliedern und Apparat*

Als Olah von der Partei aus der Bundesregierung abberufen wurde, erklärten sich relativ starke Gruppen der Arbeiterschaft spontan bereit, für ihn in Aktion zu treten. Es kam denn auch zu peinlichen Demonstrationen in der Öffentlichkeit. Diese Kundgebung eines Teils der Arbeiterschaft erklärt sich, wie ein Mitarbeiter der «Zukunft» treffend nachgewiesen hat, in der Entfremdung zwischen Parteiführung und den breiten Massen (vgl. «Die Zukunft»: Hans Werbik «Den Dingen auf den Grund gehen»). Olah erschien als der Rivale der offiziellen Führungsspitze. In dem Maße, wie die offizielle Führung gegen den inoffiziellen Führer vorgeht, schart sich seine Anhängerschaft noch dichter um ihn.

Worin liegen nun die Ursachen dieser Entfremdung? Einer der Gründe liegt in der Tatsache des mangelnden Erfolgs der Parteiführung. Ihre Leistungen mögen objektiv gesehen noch so unbestritten sein, so wird der äußere Erfolg für sie immer schwieriger, nachdem die wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung abgeklungen und die Auseinandersetzung mit dem Gegner wieder härter geworden ist. Jedenfalls bleibt der Erfolg meist hinter den Erwartungen der Mitgliedschaft und der kleinen Funktionäre zurück. Diese Diskrepanz wird noch verstärkt durch die Tatsache, daß sich die Parteiführung zu sehr bemüht, über den Kreis der Arbeitnehmer hinaus neue Wählerschichten zu gewinnen. Dabei wird gerne übersehen, daß es eben unmöglich ist, für Bevölkerungskreise, deren ökonomische Interessen auseinanderstreben, etwas für alle Akzeptables zu erreichen. Politik ist nun einmal Kampf um die Verteilung des Nationalproduktes. In dem Bestreben, der Idee einer Volkspartei zu dienen, gerät die Parteileitung oft zwischen Stuhl und Bank: Die Randschichten kann sie nicht oder nur ungenügend erreichen. Dafür verliert sie durch ihre Konzessionen an die genannten Schichten bei einem großen Teil der Arbeitnehmer den Rückhalt. Daraus ergibt sich die Schlußfolgerung: Die Parteileitung sollte sich mehr auf die Erfassung der Unselbständigerwerbenden konzentrieren, damit letztern wieder eindrücklicher bewußt wird, wer sich für sie einsetzt.

Ein weiterer Grund der Entfremdung zwischen Parteiführung und Parteimitgliedern liegt im Mangel an innerparteilicher Demokratie. Das Wesen der Demokratie erschöpft sich nicht in der Möglichkeit einer gelegentlichen Teilnahme am Urnengang. Demokratie ist erst dort verwirklicht, wo jedes einzelne Mitglied einer Gemeinschaft zur Mitbestimmung und Mitverantwortung herangezogen wird. Leider hat auch die Sozialdemokratische Partei dieses Ziel noch lange nicht erreicht. Es scheint vielmehr, daß sich auch hier die Entscheidungsgewalt vermehrt zugunsten der Manager der Partei entwickelt. Eine Partei aber, die sich die Demokratisierung des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens zum Ziel gesetzt hat, muß sich zur innerparteilichen Demokratie bekennen, wenn sie nicht in einen innern Zwiespalt geraten will. Die Stärke der Sozialdemokratischen Partei liegt in der Zahl der Mitglieder. Wenn aber das einzelne Mitglied die generelle Richtlinie der Politik nicht mitbestimmen kann, verliert es zusehends das nötige politische Interesse. So wird verständlich, wenn in der «Zukunft» ausgeführt wird: «Aus der ursprünglich politischen Einsatzbereitschaft wird, wenn überhaupt, eine rein administrative Aktivität. Umgekehrt verleitet das mangelnde politische Interesse erst recht zu verstärkter autoritärer Führung. Aus diesem Teufelskreis gibt es nur einen Ausweg: die Parteiführung muß die politische Willensbildung nach unten delegieren.»

Diese Meinung deckt sich im wesentlichen mit der Auffassung, wie ich sie wiederholt etwa im «Unser Weg», dem Organ der SP Zürich 11, vertreten

habe. Die Forderung nach verstärkter innerparteilicher Demokratie ist auch auf dem Boden der SPS dringender denn je. Es kommt nicht von ungefähr, daß am letzten Parteitag der SPS in Bern die Delegierten fast einmütig der bekannten Chaudet-Resolution zustimmten (der bezügliche Antrag kam bezeichnenderweise aus den Reihen der Mitgliedschaft und nicht etwa aus dem Schoße des Parteivorstandes), den Antrag des Parteivorstandes auf Statutenrevision aber mit großem Mehr ablehnten. Diese Ablehnung erfolgte weniger deshalb, weil die revidierten Bestimmungen unannehmbar gewesen wären. Bestimmend war offensichtlich ein gewisses Mißtrauen der Mitgliedschaft gegenüber dem Apparat. In einem Zeitpunkt, da an die Mitgliedschaft immer höhere Anforderungen gestellt werden (Erhöhung der Beiträge), darf das einzelne Mitglied um so eher erwarten, daß ihm mehr als nur ein formales Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Im Interesse einer lebendigen partei-internen Demokratie soll die politische Willensbildung rechtzeitig nach unten delegiert werden. Auch für unsere Parteitage gilt, was Günther Nenning in der «Zukunft» mit Recht kritisiert: «Nun ist schon der übliche Wahlmodus (Zettel mit der fertigen Liste in die Hand gedrückt, ‚Genossen, nach reiflicher Überlegung schlagen wir Euch vor . . .‘, Hände heben, Nachhausegehen), so beschaffen, daß der Wählende das Gefühl hat, keine Wahl zu haben.» Nenning bleibt nicht bei der Kritik stehen. Sein Vorschlag lautet: radikale Demokratisierung des Wahlmodus. Darnach müßte statutenmäßig festgelegt werden, daß jede Funktionärwahl geheim zu erfolgen hätte. Jede Liste müßte 25 Prozent mehr Namen enthalten, als Funktionäre zu vergeben sind.

Schließlich hat die «Zukunft» eine dritte Ursache für die Entfremdung der Kernschichten der Sozialdemokratischen Partei aufgezeigt: die Strukturveränderung des Vertrauenspersonenapparates. Durch das allgemein sinkende politische Interesse finden sich für die Übernahme von Funktionen innerhalb der Partei häufig nur noch Personen, die entweder von der Partei etwas wollen oder die von der Partei abhängig sind. So kommt es, daß in der SPÖ – wie übrigens auch in der SPS – der Mangel an Vertrauenspersonen aus der Industriearbeiterschaft eklatant ist, während die Zahl der Parteifunktionäre aus dem öffentlichen Dienst immer mehr zunimmt. Damit aber kann der Vertrauensapparat nicht mehr als repräsentativ gelten. Die daraus sich ergebende Konsequenz ist nicht eben günstig. Da nämlich zum Beispiel ein Metallarbeiter in erster Linie einem Metallarbeiter vertraut, kann nicht verwundern, wenn sich die Arbeiterschaft in den Betrieben den Funktionären der Partei immer mehr entfremdet.

### *Ideologie und Ideologieverzicht*

Namhafte österreichische Parteifreunde vertraten sodann die Auffassung, es sei vor allem auf den akuten Mangel an Ideologie und an ideologischer

Schulung der Vertrauensleute zurückzuführen, wenn sich der Fall Olah so unglücklich habe entwickeln können. Bei genügender ideologischer Schulung – vor allem der höhern Funktionäre – wäre das Verhalten Olahs von Anfang an richtig eingeschätzt worden. Dieser Auffassung kann beigepflichtet werden, sofern wir unter Ideologie verstehen: Zusammenfassung von Ideen, Leitbildern und gesellschaftlichen Ideen, die es einer Partei ermöglichen, historische und aktuelle politische Situationen zu verstehen und einzuordnen.

Je mehr eine Gemeinschaft von solchen Ideen und Idealen getragen ist, um so stärker ist ihr innerer Zusammenhalt. Und umgekehrt: in dem Maße als auf Ideologie verzichtet wird, wird der genannte Zusammenhalt geschwächt. Nun ist allerdings die Aufnahmebereitschaft unserer Konsumgesellschaft für Ideologie nicht eben groß. Die Frage ist nur, ob man gegenüber dieser Tatsache resignieren soll. Für die Sozialdemokratische Partei besteht kein Grund, hier einfach den Kopf in den Sand zu stecken. Ihre Geschichte ist die Geschichte des Kampfes um die Überwindung und Veränderung der bestehenden Verhältnisse, sobald diese einer gerechten und humanen Ordnung entgegenstehen. Allerdings darf Ideologie nicht mit doktrinärer Einseitigkeit verwechselt werden. Im Ringen um eine wirklichkeitsnahe Ideologie kann auf den Reichtum der unterschiedlichen Meinungen, auf die Dialektik der Auseinandersetzungen nicht verzichtet werden.

Gerade die im Zusammenhang mit dem Fall Olah erfolgte Selbstbesinnung führte – nach dem Ergebnis der vor allem in der «Zukunft» geführten Diskussion – zur Erkenntnis, daß eine politische Bewegung ohne geistigen und ideellen Hintergrund auf die Dauer nicht erfolgreich sein kann. Ohne diese Voraussetzung muß die Bewegung in Opportunismus und Praktizismus verenden. Es kommt nicht von ungefähr, daß Olah ein ausgesprochener Vertreter von Opportunismus und Praktizismus war. Eine Persönlichkeit, die sich an Ideale und Ideen gebunden fühlt, läuft dagegen weniger Gefahr, eine Machtposition zugunsten persönlicher Ambitionen auszunützen und persönliches Machtstreben über das Wohl der Gemeinschaft zu stellen. Wer ohne Sinn für Ideale und Ideen bleibt, ist weniger in der Lage, den Geist der Tyrannei zu erkennen und zu bekämpfen. Um so überzeugender wirken die Worte, wie sie kürzlich ein führender Sozialdemokrat anläßlich einer Kundgebung zum Gedenken der in einem Konzentrationslager Ermordeten gefunden hat:

«... Deshalb wollen wir es auch nicht zulassen, daß anstelle von Grundsätzen und Ideologie der Ellenbogenkampf im Dienste der eigenen Geltung und des eigenen Aufstiegs tritt. Wo es keine Ideen mehr gibt, gibt es sehr bald auch keine Freiheit mehr. Wo es keine Ideen mehr gibt, verlieren die Menschen den moralischen Halt. Ihre Urteilskraft geht verloren, und sie werden das Opfer der Demagogen und Diktatoren. Wer selbst keine Ideen mehr hat,

hat auch keinen festen Boden mehr in der Abwehr alles dessen, was zutiefst gegen den Geist der Demokratie und des Sozialismus verstößt.»

Denken wir daran.

In der Diskussion um die Frage des Ideologieverzichtes wird von den Vertretern eines bloßen Praktizismus gerne vergessen, daß im Lager der politisch Konservativen keineswegs etwa auf Ideologie verzichtet wird. Dies beruht auf der festen Überzeugung, daß das «Alte» erhalten bleiben müsse und daß das Übel in der Welt daherkomme, weil man sich von den «zeitlosen sittlichen Werten» abgewendet habe. Diese Ideologie wirkt gerade durch ihre Einfachheit und Klarheit. Allein schon deshalb besteht für uns kein Anlaß, der Fiktion des ideologischen Neutralismus zu erliegen.

### *Sozialistische Selbstbesinnung*

Ideologische Schulung bedingt aber vermehrte Bildungsarbeit. In der Sozialdemokratischen Partei wird zuviel verwaltet. So warnte ein Mitarbeiter der «Zukunft» mit Recht, die Parteimitglieder sollten ihre Zeit nicht ausschließlich der administrativen Tätigkeit widmen. «Wir widmen unsere Zeit aber fast ausschließlich der administrativen Tätigkeit in Partei und Gesellschaft. Es besteht die Gefahr, daß schließlich nicht nur die Beitragsmarken, Parteigelder, Sektionslokale und Parteiheime, sondern auch Kultur und Bildung nur mehr verwaltet werden.» Anstelle der ins Kraut schießenden administrativen Tätigkeit soll vermehrte anregende Bildungsarbeit treten. Echte Bildungstätigkeit ist die beste Werbung zur Gewinnung neuer und tüchtiger Kräfte. Wo die Partei in bloßem Praktizismus verharrt und so an Schwung verliert, fehlt ihr auch die Assimilationskraft für Persönlichkeiten. Der sicherlich unverdächtige Zeuge Günther Nenning hat in der «Zukunft» darauf hingewiesen, daß im Kreise um Olah herum die Männer gefehlt hätten, die in der Lage gewesen wären, ihm gegenüber rechtzeitig aufzutreten und ihn in «unerbittlicher Freundschaft» zu warnen. Im Gegenteil: zunächst wurden in «mißverstandener Disziplin» für Olah die «parteipublizistischen Weihrauchfässer» geschwenkt und erst später floß dann die offizielle Kritik im geschmacklosen Überfluß: «Auf Pauken und Trompeten für Olahs junge Herrlichkeit folgt nun Tritt um Tritt für den aus großer Höhe Gestürzten.»

Nach der Schlußfolgerung von Günther Nenning wurde bei der Auseinandersetzung mit Franz Olah der theoretisch-ideologische Gesichtspunkt völlig vernachlässigt. Nenning hält dafür, daß die Parteileitung die durch den Fall Olah geschaffene Krise rechtzeitig gemeistert hätte, wenn sie nicht persönlichfeindlich und theoriefeindlich eingestellt wäre. Nach dem für die SPÖ so enttäuschenden Ausgang der Wahl hieb Günther Nenning in der von ihm her-

ausgegebenen Zeitschrift «Neues Forum» (März 1966, Heft 147) an die Adresse der Parteiführung noch deutlicher in die gleiche Kerbe: «Es darf nicht länger sein, daß wer da sagt, der österreichische Sozialismus sei auch theoretischer, auch geistiger, auch moralischer Natur, von allzu vielen Gesprächspartnern ein unehrerbietiges Gelächter zur Antwort bekommt.»

Auch der Chefredaktor der sozialistischen Zeitschrift «Die Zukunft», Karl Czernetz, gelangt in seiner «Sozialistischen Selbstbesinnung» zum Schluß, daß alles darangesetzt werden müsse, um Theorie und Praxis zu verbinden und um die Beziehung zwischen der Tagespolitik und der sozialistischen Zielsetzung herzustellen. Es gelte, den ideologischen Faktoren, der geistigen Arbeit der Vertrauensleute einen höhern Wert beizumessen. Kurzum: es müsse zukünftig in vermehrtem Maße darum gehen, das geistige Leben in der Partei zu stärken.

Auch nach unserer Auffassung bilden die Bestrebungen in der vorgenannten Richtung die beste Gewähr dafür, daß die Sozialdemokratische Partei der Gefahr innerer Erstarrung entgeht. Diese Gefahr besteht vor allem in jenen Ländern, in welchen die Möglichkeit des ständigen Wechsels zwischen Opposition und Regierung fehlt. Nicht ungestraft läßt sich auf den Lorbeeren der «politischen Stabilität» ausruhen. Dieser Vorteil verpflichtet die politischen Parteien, sich immer wieder um ihre innere Erneuerung zu bemühen. Dies gilt insbesondere für die Sozialdemokratische Partei, von der wir mehr erwarten als von den konservativen Kräften; denn ihr ist – um ein Wort von Norbert Leser zu zitieren – aufgegeben, der Gesellschaft jene Impulse zu geben, die zum Anschluß an die Zukunft notwendig sind.

**DR. PHIL. RUDOLF GIOVANOLI**

## **Probleme der sowjetischen Wirtschaft**

Es ist völlig ausgeschlossen, auf einigen Seiten Geschichte, Stand und Probleme der Sowjetwirtschaft befriedigend abzuhandeln. Es kann uns daher auch nicht darum zu tun sein, über ihre Zukunftsperspektiven «gewisse Berechnungen» anzustellen oder gar gelehrte Anweisungen zuhanden der sowjetischen Wirtschaftsführer abzugeben, wie dies unlängst in dieser Zeitschrift der Fall war<sup>1</sup>. Eine erschöpfende wissenschaftliche Darlegung dieses in der Geschichte der Neuzeit einzigartigen Phänomens steht unseres Wissens überhaupt noch aus. Erst vereinzelte sachgemäße Publikationen liegen hierzu bisher vor. Vorläufig müssen wir uns somit damit bescheiden, einzelne Probleme aus dem zur Debatte stehenden Fragengemenge herauszugreifen und anhand